

Lehrerin (64) aus Osnabrück soll mehr als 400.000 Euro von Beihilfestelle erschlichen haben

Geschrieben von: Lorenz

Montag, den 07. November 2016 um 13:54 Uhr

Ermittlungen wegen Betruges und Urkundenfälschung

Lehrerin (64) aus Osnabrück soll mehr als 400.000 Euro von Beihilfestelle erschlichen haben

Montag 7. November 2016 - **Osnabrück (wbn).** Die Staatsanwaltschaft Osnabrück ermittelt gegen eine 64 Jahre alte Lehrerin, die über Jahre hinweg von der Beihilfestelle des Niedersächsischen Landesamts für Bezüge und Versorgung (NLBV) mehr als 400.000 Euro erschlichen haben soll.

„Es besteht der dringende Tatverdacht, dass die Beamtin über einen langen Zeitraum -möglicherweise zehn Jahre- Rezepte mehrerer Ärzte verfälscht und dann bei der Beihilfestelle zur Erstattung eingereicht hat“, heißt es in einer Mitteilung der Staatsanwaltschaft.

Fortsetzung von Seite 1

Der monatliche Schaden beträgt nach den aktuellen Ermittlungen mindestens 9.000 Euro. Im „nicht rechtsverjährten Zeitraum“ soll die Beamtin mindestens 399.000 Euro zu Unrecht erlangt haben.

Am vergangenen Montag durchsuchten mehrere Staatsanwälte und zahlreiche Polizeibeamte das luxuriös eingerichtete Einfamilienhaus der Beamtin in Osnabrück, ihre persönlichen Behältnisse in der Schule sowie eine Apotheke, über die sie teilweise Medikamente bezogen hatte. Offenbar sind die Mitarbeiter der Apotheke aber nicht an den Betrugshandlungen beteiligt gewesen.

Gesundheitszustand der Beschuldigten bewahrt sie vor U-Haft

Lehrerin (64) aus Osnabrück soll mehr als 400.000 Euro von Beihilfestelle erschlichen haben

Geschrieben von: Lorenz

Montag, den 07. November 2016 um 13:54 Uhr

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft wurde wegen ihres „angeschlagenen Gesundheitszustandes“ davon abgesehen, die Beamtin in Untersuchungshaft zu nehmen.

Dabei wurden offenbar erhebliche Vermögenswerte beschlagnahmt, die dazu dienen sollen, wenigstens einen Teil des Schadens auszugleichen. „Es besteht aber Grund zu der Annahme, dass die Beschuldigte noch kurz vor der Durchsuchung große Vermögenswerte durch Übertragungen an Dritte beiseiteschaffen wollte“, heißt es.